

Unsicherheiten und Belastungen in frühen Lebensphasen als Herausforderung für die Gestaltung einer lebenslauforientierten, nachhaltigen Sozialpolitik

Klammer, Ute

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klammer, U. (2009). Unsicherheiten und Belastungen in frühen Lebensphasen als Herausforderung für die Gestaltung einer lebenslauforientierten, nachhaltigen Sozialpolitik. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 9(2), 57-62. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-282241>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Unsicherheiten und Belastungen in frühen Lebensphasen als Herausforderung für die Gestaltung einer lebenslauforientierten, nachhaltigen Sozialpolitik

Prof. Dr. Ute Klammer

Abstract: Empirische Daten belegen, dass in Deutschland ein Großteil der Flexibilitätsrisiken auf dem Arbeitsmarkt (befristete Jobs, Zeitarbeit, Arbeitslosigkeit, etc.) von der jungen Generation und von Geringqualifizierten getragen werden. Die daraus resultierende Unsicherheit und Ungewissheit kann zu besonderen Herausforderungen führen, wenn eine ungesicherte Arbeitsmarkteinbindung mit der Phase der Familiengründung (*„rush hour“* des Lebens) zusammenfällt. Der Beitrag diskutiert mögliche Ansätze, den besonderen Belastungen bestimmter Beschäftigungsgruppen und Lebensphasen durch eine lebenslauforientierte, nachhaltige Sozialpolitik entgegenzusteuern. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung der Kontinuität von Arbeitsverhältnissen, aber auch die *„Entzerrung“* des Lebensverlaufs durch neue Möglichkeiten, Geld und (Arbeits-)zeit an unterschiedliche Lebensphasen mit unterschiedlichen monetären und zeitlichen Bedarfen anzupassen.

Von der Querschnitts- zur Längsschnittsperspektive

Im Sinne eines umfassenden Bildes sollte nicht nur danach gefragt werden, wie sich unterschiedliche Erwerbsmuster und familiäre Zeitarrangements zu einem bestimmten Untersuchungszeitpunkt darstellen, sondern es gilt zu klären, wie sich diese Muster über den Lebensverlauf der Betroffenen entwickeln. Bestimmte Arbeitszeitformen, z.B. reguläre oder auch marginale Zeitarbeit (Mini-Jobs) müssen daraufhin untersucht werden, welche Rolle sie langfristig im Leben derjenigen, die sie ausüben, spielen. Handelt es sich um kürzere Episoden einer Erwerbsbiografie, die vorübergehend, z.B. beim Berufseinstieg, akzeptiert oder sogar – z.B. in Phasen eines hohen Bedarfs an Zeit für Familienarbeit – bewusst gewählt werden? Oder sind es Arbeitsformen, die – ‚freiwillig‘¹ oder ‚unfreiwillig‘ – dauerhaft ausgeübt werden? Findet eine Verfestigung bestimmter problematischer Arbeitszeitformen, z.B. der geringfügigen Beschäftigung, in bestimmten Segmenten der Erwerbsbevölkerung statt? Welche monetären Konse-

quenzen für das Erwerbseinkommen oder für sozialpolitische Transferleistungen ergeben sich langfristig aus Erwerbsunterbrechungen und Zeitarbeit? Führen unsichere Erwerbssichten zum Aufschub von oder sogar zum gänzlichen Verzicht auf Elternschaft und Familie – haben sie damit einen direkten Einfluss auf das demografische ‚Problem‘ niedriger Geburtenraten?

Die Längsschnittsperspektive ermöglicht es auch, die unterschiedliche Verteilung von Zeitbedarfen in der individuellen Biografie besser sichtbar zu machen und Phasen von Zeitnot, z.B. in der so genannten *„rush hour“* des Lebens, zu identifizieren. Dieser Begriff hat sich in der europäischen Zeitforschung eingebürgert zur Beschreibung des mittleren Lebensalters, in dem häufig die Erwerbstätigkeit und Karriere besonders viel Zeit erfordert, während gleichzeitig jüngere Kinder zu betreuen sind. Ebenso macht die Analyse von Zeitverwendung über den Lebensverlauf interpersonelle Unterschiede besonders deutlich – bestimmte Zeitbedarfe, z.B. für Fürsorgearbeit, fallen nicht nur bei unterschiedlichen Menschen zu unterschiedlicher Zeit an, sondern sie kumulieren bei den

Wenn die Zeit kommt, in der man könnte, ist die vorüber, in der man kann.

/ Marie von Ebner-Eschenbach /

einen über den Lebensverlauf zu großen ‚Zeitmengen‘, während sie in der Gesamtbiografie anderer Menschen (beiderlei Geschlechts) nur ein sehr geringes Gewicht haben. Diese Ergebnisse werfen ein neues Licht auf die Aufgabe der (Sozial-)Politik, die intertemporale und interpersonelle Verteilung von Zeit und Geld zu beeinflussen. In einigen europäischen Ländern sowie auch auf der EU-Ebene zeichnet sich zurzeit ein verstärktes politisches Interesse an diesen und ähnlichen Fragen ab. Auf der EU-Ebene hat die Lebenslaufperspektive durch die Diskussion um ‚lebenslanges Lernen‘ und allgemein durch das gestiegene Interesse an Bildungsfragen im Kontext einer ‚investiven

Sozialpolitik‘ an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig rücken die im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie fixierten Ziele, die Erwerbsquoten von Frauen und älteren Menschen sowie das faktische Rentenalter deutlich anzuheben, Fragen nach dem Verlauf von Erwerbsbiografien und nach den Einflussmöglichkeiten der Arbeits- und Sozialpolitik zwangsläufig ins Blickfeld. So enthalten die Europäischen Richtlinien für die nationalen Beschäftigungspolitiken seit einigen Jahren die Aufforderung, umfassende nationale Strategien auf der Basis eines Lebensverlauf-Ansatzes zu entwickeln.² Dies wurde 2005 explizit bekräftigt durch die neue Beschäftigungsleitlinie Nr. 18, *„Promote a life-cycle approach to work.“*³ Der vorliegende Beitrag verknüpft daher die Frage nach den (unterschiedlichen sowie sich verändernden) Lebensverläufen von Frauen und Männern mit der Debatte um eine Neuausrichtung der Sozialpolitik im demographischen Wandel. Zunächst werden schlaglichtartig einige empirische Ergebnisse zur Struktur und zur Veränderung der Lebensverläufe von Frauen und Männern in Deutschland und im internationalen Vergleich präsentiert.⁴ Der darauf folgende Abschnitt entwickelt Ansatzpunkte für eine nachhaltige, am Lebensverlauf orientierte Sozialpolitik.

Erwerbsbiografien von Frauen und Männern im Wandel – einige empirische Schlaglichter

Umfangreiche empirische Datenanalysen aus eigenen Projekten belegen, dass die Arbeitsmarktrisiken in Deutschland ungleich verteilt sind und Diskontinuitäten im Erwerbsleben inzwischen weit verbreitet sind.⁵ In Deutschland nimmt – nach einem inzwischen ähnlichen Arbeitsmarkteinstieg junger Männer und Frauen – die Erwerbsbeteiligung und durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Frauen immer noch deutlich ab, wenn Kinder geboren werden bzw. solange Kinder unter sieben Jahren zu versorgen sind. Die *„rush hour“* des Lebens wird also von den Frauen durch eine verringerte Arbeitsmarktbeteiligung entschärft. Aber auch nach

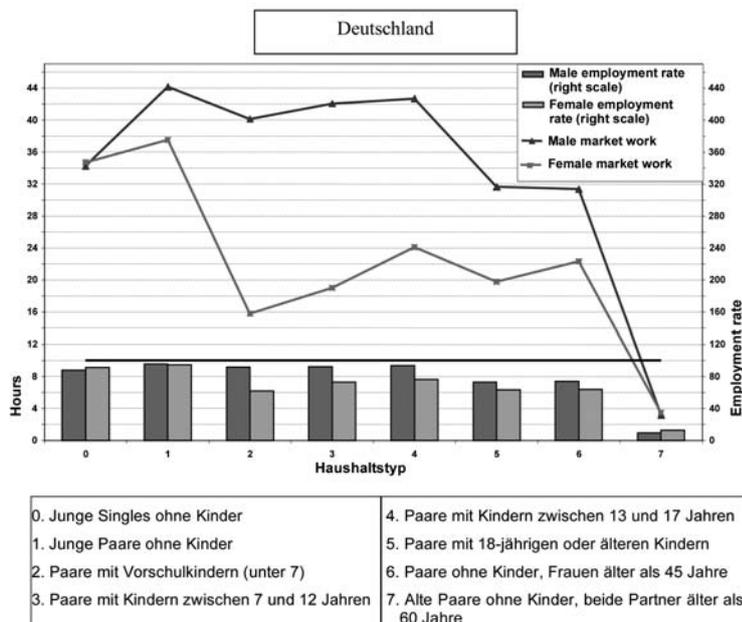


Abbildung 1: Erwerbstätigenquoten und durchschnittliche Wochenarbeitszeiten von Frauen und Männern über den Familienzyklus: Deutschland. Projektberechnungen für die European Foundation auf der Basis des ECHP 2000⁶

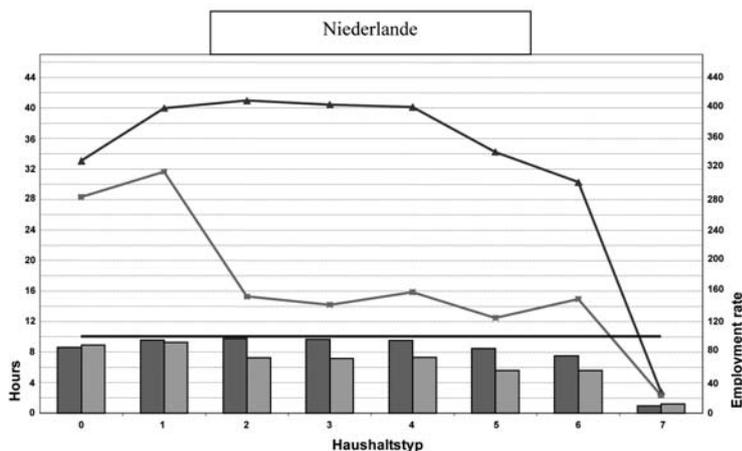


Abbildung 2: Erwerbstätigenquoten und durchschnittliche Wochenarbeitszeiten von Frauen und Männern über den Familienzyklus: Niederlande. Projektberechnungen für die European Foundation auf der Basis des ECHP 2000⁷

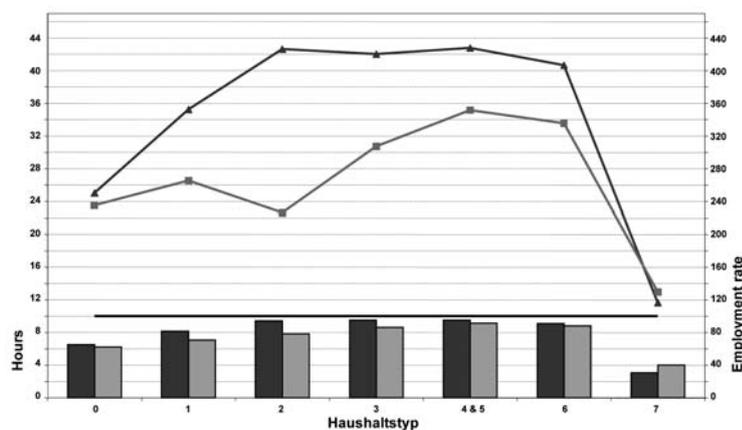


Abbildung 3: Schweden: Erwerbstätigenquoten und durchschnittliche Wochenarbeitszeiten von Frauen und Männern über den Familienzyklus. Projektberechnungen für die European Foundation auf der Basis des Schwedischen Haushaltspanels 1998⁸

dem Schuleintritt der Kinder liegt die durchschnittliche Arbeitszeit der Mütter noch deutlich unter der beruflichen Wochenarbeitszeit der Väter. Betrachtet man verschiedene Lebens- und Familienphasen auf der Basis von Querschnittsdaten (die allerdings das Verhalten unterschiedlicher Kohorten spiegeln), so wird deutlich, dass Mütter in keiner späteren Lebensphase mehr die Erwerbsbeteiligung und die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ihrer männlichen Partner erreichen (vgl. Abb. 1).

Wie die nachfolgenden Abbildungen für die Niederlande und Schweden illustrieren, zeigen sich zwar in beiden Ländern Unterschiede zwischen den Erwerbsverläufen von Männern und Frauen, und zwar vor allem ab der Phase der ‚rush hour‘ des Lebens, in der kleine Kinder im Haushalt zu versorgen sind. Dennoch unterscheiden sich die unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatstypen gravierend bezüglich des Niveaus und der Kontinuität der Arbeitsmarktpartizipation und durchschnittlichen Arbeitszeiten von Männern und Frauen in verschiedenen Lebensphasen – auch in und nach der ‚rush hour‘ des Lebens. Dies verweist auf unterschiedliche Möglichkeiten und Strategien, mit den besonderen Belastungen dieser Phase umzugehen.

In den Niederlanden nimmt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Frauen deutlich ab, wenn Kinder geboren werden bzw. solange Kinder unter sieben Jahren zu versorgen sind. Die Kurve der Niederländerinnen liegt deutlich unter derjenigen der Männer, aber auch unter derjenigen der deutschen Frauen. Im Vergleich zu Deutschland entschärfen die niederländischen Frauen die ‚rush hour‘ des Lebens aber eher durch Arbeitszeitreduktion als durch einen längerfristigen völligen Erwerbsausstieg.

Schweden unterscheidet sich deutlich von den bisher betrachteten Ländern. Hier nimmt die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen nur geringfügig ab, wenn Kinder geboren werden bzw. solange Kinder unter sieben Jahren zu versorgen sind; die durchschnittliche berufliche Wochenarbeitszeit der Frauen sinkt dadurch nur um vier Stunden (von rund 26 auf rund 22 Stunden). Später nähern sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen und ihre durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit wieder sehr viel stärker an die Erwerbsmuster der Männer an als in den anderen betrachteten Län-

dern. Es kann davon ausgegangen werden, dass neben unterschiedlichen Rollenmodellen institutionelle Faktoren wie gesetzliche und betriebliche Arbeitszeit- und Freistellungsoptionen für bestimmte Lebensphasen im nordischen Wohlfahrtsstaat Schweden hier eine wichtige Rolle spielen. In Verbindung mit der Verfügbarkeit öffentlicher Kinderbetreuung führen diese Optionen dazu, dass ‚Vereinbarkeitsprobleme‘ in der frühen Familienphase nicht in gleicher Weise auftreten wie in den anderen Ländern – bzw. nicht einseitig durch den Rückzug der Mütter vom Arbeitsmarkt gelöst werden (müssen).

In Deutschland klaffen Wunsch und Wirklichkeit bezüglich der Erwerbsarbeitszeiten bei beiden Geschlechtern, vor allem aber bei den Frauen, auseinander. Die Wunscharbeitszeiten der Männer liegen etwa bei der Vollzeitnorm, während ihre tatsächliche Arbeitszeit durch Überstunden vielfach höher liegt. Frauen mit langen Arbeitszeiten würden häufig gerne kürzer arbeiten, während Frauen mit kleinen Teilzeitjobs sich vielfach eine längere Arbeitszeit (mit entsprechend höherem Einkommen) wünschen. Mit 27/34 Stunden in West-/Ostdeutschland sehen Frauen in Westdeutschland im Durchschnitt eine ‚lange Teilzeitstelle‘ als ideal an, in Ostdeutschland eine ‚kurze Vollzeitstelle‘.

Die Veränderungen der Berufseintrittsphase in Deutschland im Generationenvergleich

Bezogen auf Deutschland wird bei einer Lebensverlaufsbeobachtung deutlich, dass unter den jüngeren Kohorten schon rund 80 Prozent der Frauen irgendwann im Leben Teilzeitphasen von mindestens einem Jahr aufweisen, während es bei Männern immer noch ein sehr geringer Teil ist. Rückläufig sind bei Frauen Unterbrechungsphasen zur Kindererziehung, jedoch waren auch von den 1951-55 geborenen Frauen noch rund zwei Drittel mindestens ein Jahr aus diesem Grund nicht erwerbstätig. Dafür hat ein beträchtlicher Teil der Männer – je nach Geburtsjahrgängen (1936-1955) ca. 16-20 Prozent - irgendwann im Leben eine oder mehrere Selbständigkeitsphasen, die oft mit Sozialversicherungslücken verbunden sind.⁹

Frauen sind dabei allerdings nicht mehr generell ‚qua Geschlecht‘ benachteiligt. Einen Großteil der Flexibilitätsrisiken (z.B. befristete Jobs, Zeitarbeit, Arbeitslosigkeit etc.) tragen in Deutschland junge Menschen –

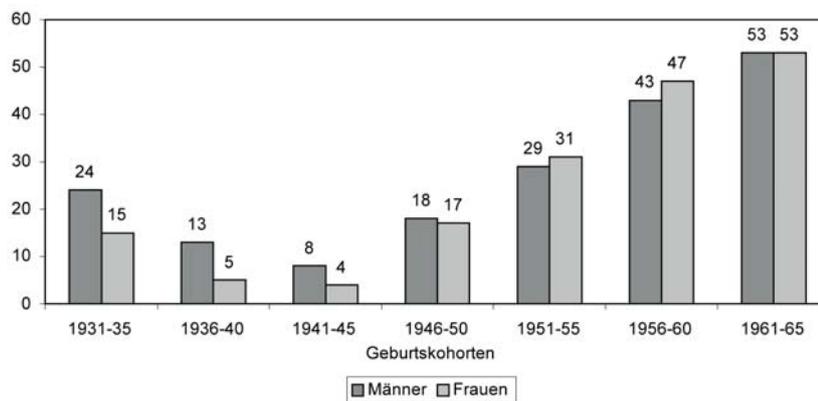


Abbildung 4: Betroffenheit von Arbeitslosigkeit bis zum Alter von 30 Jahren¹⁰, nach Kohorten, Westdeutschland (Klammer/Tillmann 2002 auf der Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe)¹¹

die *Newcomer* auf dem Arbeitsmarkt – sowie Geringqualifizierte. So sind die jüngsten Kohorten auf dem Arbeitsmarkt siebenmal so häufig befristet beschäftigt wie die ältesten Kohorten. Von den 1941-45 Geborenen an sind alle folgenden Gruppen von Geburtsjahrgängen mit einem steigenden Arbeitslosigkeitsrisiko schon in jungen Jahren konfrontiert gewesen. Unter den 1961-65 Geborenen waren bereits 53 Prozent aller Frauen wie auch aller Männer vor dem 30. Lebensjahr bereits mindestens einmal arbeitslos (Klammer/Tillmann 2002 auf der Basis von Daten der IAB-Beschäftigtenstichprobe, vgl. Abb. 4). Dies ist bedenklich, da eine gegenüber früher verlängerte Arbeitsmarkt-Einstiegsphase mit (finanziellen) Unsicherheiten und Risiken bei jungen Leuten häufig in die Phase der potentiellen Familiengründung fällt und einen nicht unerheblichen Einfluss darauf haben dürfte, dass junge Menschen die Entscheidung für eigene Kinder zunehmend hinauszögern oder ganz darauf verzichten.

Zwar ist die durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer in Deutschland bisher erstaunlich stabil, doch haben immerhin 15 Prozent der Beschäftigten schon fünf oder mehr Arbeitgeber – oft unterbrochen von Arbeitslosigkeit – gehabt. Unter den befristet Beschäftigten sind es sogar 22 Prozent, d.h. Befristete haben ein höheres Risiko, von einem ins nächste befristete Arbeitsverhältnis zu wechseln. Auch wenn bisher rund zwei Drittel der Jobwechsler freiwillig sind und sich die Mehrheit der Jobwechsler nach eigener Einschätzung durch den Wechsel verbessert hat, ist doch von Kohorte zu Kohorte eine Zunahme unfreiwilliger (z.B. vom Arbeitgeber initiiert) Wechsel zu konstatieren, und weniger Wechsel führen zu beruflichen Verbesserungen.¹²

Betrachtet man die über das Leben akkumulierten Erwerbsjahre (Datenbasis: AVID), so zeigt sich ein deutlicher Rückgang bei den Männern und ein leichter Zuwachs bei den Frauen. Hatten von den 1936-1940 geborenen Männern noch 42 Prozent eine (rentenrechtlich) ‚vollständige‘ Erwerbsbiografie, so werden es von den 1951-1955 Geborenen voraussichtlich nur noch ca. 30 Prozent sein. Bei den Frauen steigt der Anteil von knapp acht auf rund 13 Prozent. Auch die heute rund 50-jährigen Frauen werden aber im Durchschnitt noch etwa sieben (in Westdeutschland etwa neun) Erwerbsjahre weniger als ihre männlichen Altersgenossen im Lebensverlauf ansammeln. Hier zeigen sich nach wie vor deutliche geschlechtsspezifische Erwerbs- und Einkommenslücken, die sich im Rentenalter fortsetzen.

Betrachtet man die Erwerbseinkommensverläufe der 1936-55 geborenen Frauen und Männer, so lässt sich – vorwiegend bei Männern – eine zunehmende Verdichtung oder ‚Kompression‘ des Lebenseinkommenserwerbs konstatieren: Die langfristig zu beobachtenden Trends zum späteren Berufseinstieg und zum früheren Berufsausstieg haben dazu geführt, dass sich der Einkommenserwerb inzwischen immer stärker auf die mittlere Lebensphase konzentriert. Dies ist zum einen problematisch, da es sich hier um die ohnehin schwierige ‚*rush hour*‘ des Lebens handelt, in der oft auch die Familienpflichten und die allgemeine Belastung am höchsten sind. Zudem werden durch die Ballung des Lebenseinkommenserwerbs auf diese Phase Ausfälle – z.B. in Form von Arbeitslosigkeit – biografisch zunehmend problematischer, da gewichtiger. Ökonometrische Studien zu den Auswirkungen von Erwerbsunterbrechungen zeigen erhebliche langfristige Einkommens-

kapazitäts- und Humankapitalverluste, die häufig von den Individuen unterschätzt werden.¹³ Bei frühen Unterbrechungen im Lebensverlauf ist das abzuschreibende Humankapital in der Regel geringer und die Einbußen sind daher begrenzt. Das zu beobachtende Aufschieben der Mutterschaft in ein späteres Lebensalter erscheint vor diesem Hintergrund bedenklich. Mehrere Studien weisen darauf hin, dass sozialversicherungspflichtige (nicht geringfügige!) Teilzeit bezüglich der langfristigen Humankapital- und Einkommensverluste dagegen besser ist als ihr Ruf, zumal sie oft eine Brückenfunktion bzw. – vor allem in Ostdeutschland – eine Scharnierfunktion zwischen Vollzeitphasen hat.¹⁴

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Sozialpolitik: Lebenslaufsorientierung als Ansatzpunkt zur Entschärfung der ‚rush hour‘ des Lebens

Sozialpolitische Flankierung von Übergängen

Eine Aufgabe bei der Begleitung von Erwerbsverläufen kann in einer verstärkten Förderung von Übergängen gesehen werden. Gemeint sind hierbei – gemäß der Theorie der Übergangsmärkte¹⁵ – Übergänge aus Phasen der (Weiter-)Bildung, der Haushaltstätigkeit oder der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit und *vice versa*, Übergänge in die Nacherwerbsphase, aber auch Wechsel zwischen Voll- und Teilzeitarbeit, Jobwechsel o.ä. Notwendig ist eine stärkere Konzentration der sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen auf die Bewältigung und Absicherung von Übergängen anstelle der bisherigen Fokussierung auf eine finanzielle Sicherung des Lebensstandards bei Einkommensausfall. Im Zentrum der Unterstützung von Übergängen steht heute in den meisten Ländern der Europäischen Union die (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt, die als Herzstück des Paradigmas des ‚aktivierenden Sozialstaats‘ bezeichnet werden kann. Die deut-

Man muss etwas Neues machen, um etwas Neues zu sehen.

/ Georg Christoph Lichtenberg /

sche arbeitsmarktpolitische Gesetzgebung hat diesen Weg im europäischen Vergleich eher spät, aber seit einigen Jahren mit umso größerem Nachdruck vollzogen.¹⁶ Allerdings sind ungeachtet der internationalen Parallelen in der Aktivierungsterminologie, deren Annäherung u.a. auf die europäische Beschäftigungsstrategie zurückgehen dürfte,

sehr unterschiedliche Ausgestaltungen des Aktivierungsparadigmas zu konstatieren, die von stark paternalistischen Ansätzen bis zu solchen reichen, die die Autonomie und Selbstbestimmung des Individuums betonen.¹⁷ Das Wissen über die langfristigen Auswirkungen von Aktivierung ist bisher sehr unzureichend. Kurzfristig scheinen die Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt wesentlich von einem günstigen Schlüssel zwischen Beratern und zu beratenden Arbeitslosen, von der Existenz regional abgestimmter und zielgruppenspezifischer Programme sowie von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig zu sein.¹⁸ In allen genannten Punkten bestehen in Deutschland bisher – ungeachtet der verbesserten Zielvorgaben durch die Hartz-Gesetze – Defizite.

In den deutschen Arbeiten zum Ansatz der Übergangsmärkte sind bereits zahlreiche Elemente und Strukturen identifiziert worden, die als Brücken bei Statusänderungen fungieren können.¹⁹ Es gilt, den Ansatz der Übergangsmärkte dahingehend weiterzuentwickeln, dass, unter Beachtung lebensphasenspezifischer Bedürfnisse, Kriterien für ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Übergänge und die entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen entwickelt werden.

Eine besondere Aufgabe kann in der Reorganisation des Beginns und des Endes der Erwerbsbiografie gesehen werden, die sich mehr und mehr zu ganzen Phasen entwickelt haben.²⁰ Wie dargestellt, ist die oft mehrjährige Eintrittsphase heute häufig durch instabile Jobs und kurze Arbeitsloskeitsphasen gekennzeichnet, die Austrittsphase kann von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit oder Altersteilzeit begleitet sein. Vor dem Hintergrund der Tendenz zur Verkürzung und Verdichtung des Erwerbslebens liegt eine zentrale Zukunftsaufgabe darin, auf eine erneute Entzerrung des Erwerbslebens hinzuwirken. Hierzu können verkürzte Schul- und Studierendauern beitragen, ebenso eine nachhaltige Arbeitspolitik, die als *conditio sine qua non* eines späteren Rentenübergangs gelten kann, wie er von der Europäischen Union im Rahmen der Lissabon-Strategie vorgegeben wird. *Echte* Altersteilzeitmodelle, die zu einer tatsächlichen Reduzierung der Arbeitszeit in der letzten Erwerbsphase führen,²¹ würden die Flexibilisierung des Altersübergangs verbessern.

Wenn hier für einen früheren Erwerbsbeginn und einen späteren Erwerbsausstieg votiert wird, so geht es nicht darum, das

durchschnittliche Lebensarbeitszeitvolumen zu erhöhen. Vorrangiges Ziel einer Entzerrung des Lebenserwerbsverlaufs sollte es vielmehr sein, die Einkommensrisiken besser über das Leben zu verteilen und in der mittleren Phase, bzw. während der individuellen ‚rush hour(s)‘ des Lebens, mehr Raum für andere Zeitbedürfnisse zu schaffen, z.B. über Auszeiten für Fürsorgearbeit und Weiterbildung.

Der zuverlässigste Weg, in die Zukunft zu sehen, ist das Verstehen der Gegenwart.

/ John Naisbitt /

Zur Finanzierung: Individuelle Möglichkeiten zur Verteilung des Lebenserwerbseinkommens und Neuausrichtung der kollektiven finanziellen Unterstützungssysteme

Die in vielen europäischen Ländern zu beobachtende Konzentration der Sozialpolitik auf eine Aktivierung und eine Reintegration aller Erwerbsfähigen in den Arbeitsmarkt hat die Bereitstellung monetärer Transfers für bestimmte Lebensphasen keineswegs überflüssig gemacht. Im Gegenteil: Neue Diskontinuitäten und Zeitbedarfe über den Lebensverlauf werfen neue Fragen bezüglich der finanziellen Abfederung entsprechender Phasen auf. Ein hier diskutierter Ansatz²² ist darauf ausgerichtet, den Individuen mehr Möglichkeiten zu geben, flexibel über ihr zu erwartendes Lebenserwerbseinkommen zu verfügen. Die Niederlande haben diesen Weg bisher am konsequentesten in die Realität umgesetzt: Seit Anfang 2006 ist hier mit der so genannten *levensloopregeling* eine neue Rahmengesetzgebung in Kraft, die es Arbeitnehmer/innen ermöglicht, einen Teil ihres Gehalts (bis zu 12 Prozent des Bruttolohns oder auch Zeit, z.B. Überstunden, kumuliert bis zu 210 Prozent des Bruttomonatslohn) steuerbegünstigt anzusparen, um diese Guthaben später für alle Arten von Zeitbedarfen einzusetzen und damit z.B. ein *Sabbatical*, eine Familienzeit, Weiterbildungsphase, Altersteilzeit oder auch den vorgezogenen Rentenzugang zu finanzieren.²³ Damit entsprechende Auszeiten auch in frühen Lebensphasen – der ‚rush hour‘ des Lebens – genutzt werden können, in denen i.d.R. noch keine großen Ersparnisse vorliegen, besteht die Möglichkeit, in Form eines Kredits auf zukünftig zu erwartendes Einkommen (z.B. betriebliche Rentenansprüche) vorzeitig zuzugreifen.

Entsprechende Ansätze können die Möglichkeiten des Einzelnen zur eigenverant-

wortlichen und an den persönlichen Bedürfnissen orientierten Verteilung des Lebenseinkommens zweifellos verbessern. Allerdings müssen mehrere kritische Einwände vorgebracht werden. Zum einen dürften jüngere Kohorten – im Unterschied zu einem Großteil heutiger Rentner – ohnehin schon Probleme haben, Armut vermeidende Erwerbseinkommen zu erzielen und ebensolche Rentenansprüche aufzubauen. Ein vorgezogener Verbrauch von potentiell Erwerbs- und Alterseinkünften würde insofern den Druck auf das weitere Erwerbsleben erhöhen und das Risiko von Altersarmut weiter steigen lassen. Kritisch erscheint zudem, dass die Modelle der weiteren Privatisierung von sozialen Risiken – wie der Fürsorge für Kinder und Pflegebedürftige – Vorschub leisten. Wenn davon ausgegangen wird, dass jeder entsprechende ‚Erwerbsrisiken‘ durch eine Umschichtung des persönlichen Lebenserwerbseinkommens kompensieren kann, liegt es nahe, einen kollektiv finanzierten Ausgleich für soziale Risiken und gesellschaftlich wichtige Formen nicht entlohnter Arbeit für überflüssig zu deklarieren. De facto ist jedoch dieser Ausgleich unverzichtbar, weil sich Erwerbsrisiken und Fürsorgearbeit in der Lebensbilanz sehr ungleichmäßig auf die Bevölkerung verteilen. Allerdings bedarf es einer neuen Diskussion darüber, für welche Lebensphasen und Tatbestände eine interpersonelle Umverteilung über kollektive Systeme gesellschaftlich angebracht erscheint. Einiges spricht dafür, Zeitoptionen mit monetärer Unterstützung (‚integrierte Optionen‘) eher für Personen in der ‚rush hour‘ des Lebens mit Zeitnot und Fürsorgeverpflichtungen bereit zu stellen, als z.B. für die Erleichterung eines vorgezogenen Rentenzugangs, wie dies in Deutschland bis heute vorrangig geschieht. Ein Ansatz wäre ein kollektiv unterstütztes Modell der ‚Teilzeit für Personen mit Fürsorgeaufgaben‘. Finanzielle Mittel hierfür könnten durch eine Einschränkung der wenig zielgenauen Familienförderung durch das Ehegattensplitting gewonnen werden.²⁴ Sinnvoll erscheint daher eine Kombination und Abstimmung von verbesserten individuellen Möglichkeiten zur Neuverteilung von Geld (und Zeit) über den Lebensverlauf mit auf bestimmte Situationen und Lebensphasen konzentrierte kollektiv finanzierte Geldleistungssysteme. Die Neuausrichtung der Geldleistungssysteme erfordert vor dem Hintergrund der analysierten Entwicklungen auch einen brei-

teren individuellen Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen. Bestimmte flexible Erwerbsformen und Erwerbslücken gehen in Deutschland häufiger als in Ländern, die stärker auf eine bevölkerungsweite Grund- oder Bürgersicherung abstellen, mit Lücken in der Versicherungsbiografie und im sozialen Schutz einher,²⁵ auch wenn ein Teil der Risiken nach wie vor durch abgeleitete, an die Ehe geknüpfte Rechte aufgefangen wird. Junge Menschen werden, wie zuletzt die im November 2007 veröffentlichten Daten der neuen AVID gezeigt haben,²⁶ angesichts der Kürzungen im Bereich der gesetzlichen Altersvorsorge zunehmend mit dem Risiko der Altersarmut zu rechnen haben – selbst dann, wenn sie die staatliche Förderung der privaten Vorsorge nutzen und z.B. über einen Riester-Vertrag für ihr Alter sparen. Zum Ausbau eigenständiger Ansprüche empfiehlt sich eine Erweiterung der Versicherungspflicht in den gesetzlichen Sozialversicherungen mit dem Ziel der bevölkerungsweiten Abdeckung für zu definierende Basisrisiken. Im Bereich der Alterssicherung ist im Zuge der Rentenreform von 2001 zwar bereits eine bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt worden. Diese stellt jedoch nur einen Reparaturmechanismus für – gemessen an den Normvorstellungen – ‚misslungene‘ biografische Verläufe dar;²⁷ die eigentlichen Ursachen eines unzureichenden Aufbaus von Anwartschaften, nämlich Erwerbs- und Versicherungslücken, werden weder identifiziert noch behoben. Eine Antwort auf veränderte Erwerbs- und Lebensverläufe, die an den Ursachen ansetzt, müsste dagegen ausgehend von einer allgemeinen Versicherungspflicht über den Lebensverlauf festlegen, wer jeweils die finanziellen Lasten für die Aufrechterhaltung des Versicherungsstatus in einer bestimmten Erwerbs- und Lebenssituation trägt.²⁸ Zur Orientierung für das Ausmaß der Versicherungspflicht kann das Ziel dienen, dass jede/r über den Lebensverlauf zumindest eigenständige Alterssicherungsansprüche in Höhe des sozio-kulturellen Minimums (Sozialhilfe) aufbaut. Dies würde nicht nur helfen, Altersarmut bei Frauen und Männern mit diskontinuierlichen Erwerbsbiografien zu vermeiden, sondern könnte auch das allgemeine Bewusstsein bezüglich der langfristigen Risiken und Kosten entsprechender Erwerbsverläufe verbessern, ‚Free-Rider-Verhalten‘ erschweren sowie die Akzeptanz für die kollektive Unterstützung der dennoch Bedürftigen stärken – und damit die Aussichten jüngerer

Kohorten, sich trotz gesteigener Arbeitsmarktrisiken auf das System sozialer Sicherung verlassen zu können.

Anmerkungen

1 Die Anführungsstriche geben zum Ausdruck, dass ‚Freiwilligkeit‘ und ‚Unfreiwilligkeit‘ abhängig von den gegebenen Rahmenbedingungen und kulturellen Normen sind.

2 Council of the European Union 2003: Paragraph 15, Hervorhebung U.K.

3 European Commission, Guidelines 2005, 2005/600/EC.

4 Die Ergebnisse entstammen zum Teil Längsschnittauswertungen aus den Datenbeständen der AVID (Altersvorsorge in Deutschland) sowie der IAB-Beschäftigtenstichprobe für ein von der Autorin geleitetes Forschungsprojekt, vgl. Klammer/Tillmann 2002.

5 vgl. z.B. Klammer/Tillmann 2002.

6 Berechnungen auf der Basis von Daten des European Community Household Panel für das von der Autorin mit durchgeführte Projekt „Towards a new organisation of working time throughout working life“, vgl. Anxo et al. 2006 und Klammer et al. 2005. Die Konstruktion des Familienzyklus auf der Basis von Querschnittsdaten (hier: 2000) hat den Vorteil, dass alle Lebensphasen zu einem bestimmten Zeitpunkt – und damit vor dem Hintergrund bestimmter institutioneller Rahmenbedingungen – abgebildet werden können. Sie hat allerdings den Nachteil, dass es sich nicht um ‚echte‘ Lebensverläufe handelt und insofern mögliche Kohorteneffekte mit zu berücksichtigen sind (d.h. Männer und Frauen, die heute kleine Kinder haben, können möglicherweise später andere Erwerbsmuster aufweisen als diejenigen, die sich heute in späteren Lebensphasen befinden).

7 vgl. z.B. Klammer/Tillmann 2002.

8 ebd.

9 vgl. Klammer/Tillmann 2002 auf der Basis von AVID-Daten.

10 Anteil der mindestens einmal von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen bis 30 Jahre in Prozent aller Erwerbspersonen bis 30 Jahre, nach Kohorten.

11 Ergänzungsstichprobe I der IAB-Beschäftigtenstichprobe, Projektberechnungen für Klammer / Tillmann 2002.

12 vgl. Klammer/Tillmann 2002.

13 u.a. Beblo/Wolf 2002.

14 vgl. Klammer/Tillmann 2002.

15 z.B. Schmid/Gazier 2002.

16 Klammer/Leiber 2004.
 17 Berkel/Hornemann Møller 2002: 54.
 18 Cebulla 2002.
 19 z.B. Rabe/Schmid 1999; Schmid/Gazier 2002.
 20 Gautié 2003.
 21 Das existierende deutsche Altersteilzeitmodell wird – entgegen der ursprünglichen Intention – überwiegend als Blockmodell zum vorzeitigen Übergang in den Ruhestand genutzt.
 22 z.B. in den Niederlanden, aber auch in der Europäischen Kommission, vgl. Stuurgroep Verkenning Levensloop 2002; Naegele et al. 2003; Klammer et al. 2005; Waas 2004.
 23 SZW 2006.
 24 Deutscher Bundestag 2002: 257 – 260.
 25 Klammer 2000.
 26 Rische 2007, in kritischer Auseinandersetzung dazu: Hauser 2007; Klammer 2008.
 27 Konsequenterweise ist die Leistung seit 2005 ins Sozialhilferecht des neuen SGB XII eingegliedert worden.
 28 Vielle 2001; Vielle/Walthéry 2003.

Literatur

Anxo, Dominique / Boulin, Jean-Yves / Cebrian, Immaculada / Fagan, Colette / Keuzenkamp, Saskia / Klammer, Ute / Klenner, Christina / Moreno, Gloria / Toharía, Luis (2006): Working time options over the life course: New work patterns and company strategies. Luxembourg: European Foundation, Office for Official Publications of the European Communities.

Beblo, Miriam / Wolf, Elke (2002): Wage Penalties for Career Interruptions. An Empirical Analysis for West Germany. Mannheim: ZEW Discussion Paper, Nr. 02/45.

Berkel, Rik van / Hornemann Møller, Iver (Hg.) (2002): Active Social Policies in the EU. Inclusion through participation?. Bristol: Policy Press.

Cebulla, Andreas (2002): Flexibilität und soziale Sicherung in Großbritannien unter besonderer Berücksichtigung des New Deal. In: Klammer, Ute/Tillmann, Katja (Hg.): Flexicurity – Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Düsseldorf: Landesarbeitsministerium MASQT 1106, 585 - 636.

Council of the European Union (2003): Council Decision of 22 July 2003 on guidelines for the employment policies of the

Member States. Official Journal of the European Union. 5.8.2003, L 197 13 – L 197 21.

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern. BT-Drs. 14/8952. Berlin.

Gautié, Jérôme (2003): Transitions et trajectoires sur le marché du travail en France: mutations et conséquences. Troisièmes entretiens de l'emploi. ANPE. Mars.

Hauser, Richard (2007): Anmerkungen zur Untersuchung „Alterssicherung in Deutschland“, Vortrag gehalten auf der Tagung „Sozialpolitische Herausforderungen in der Alterssicherung gestalten“, Berlin 22.11.2007, unveröff. Manuskript.

Klammer, Ute (2000): Auf dem Weg zu mehr Flexicurity in Europa. WSI-Mitteilungen 5/2000, 313-321.

Klammer, Ute (2008): Armut und Verteilung in Deutschland und Europa – eine kritische Bestandsaufnahme, WSI-Mitteilungen 3/2008.

Klammer, Ute / Keuzenkamp, Saskia / Anxo, Dominique / Boulin, Jean-Yves / Cebrián, Immaculada / Fagan, Colette / Klenner, Christina / Moreno, Gloria / Toharía, Luis (2005): Working time options over the life course: Changing social security structures. Luxembourg: European Foundation, Office for Official Publications of the European Communities.

Klammer, Ute / Leiber, Simone (2004): Aktivierung und Eigenverantwortung in europäisch-vergleichender Perspektive. WSI-Mitteilungen 9/2004, 514 - 521.

Klammer, Ute / Tillmann, Katja (2002): Flexicurity – Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Düsseldorf: Landesarbeitsministerium MASQT 1106.

Naegele, Gerhard / Barkholdt, Corinna / de Vroom, Bert / Goul Anderson, Joergen / Krämer, Katrin (2003): A new organisation of time over working life. Luxembourg: European Foundation, Office for Official Publications of the European Communities.

Rabe, Brigitta / Schmid, Günther (1999): Eine Frage der Balance. Reform der Arbeits-

marktpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/1999, 21-30.

Rische, Herbert (2007): Vorstellung der Studie „Altersvorsorge in Deutschland (AVID)“. 3. Aktuelles Presse-seminar der Deutschen Rentenversicherung Bund. Würzburg 20.-21.11.2007. www.deutsche-rentenversicherung.de. (am 25.11.2007).

Schmid, Günther / Gazier, Bernard (Hg.) (2002): The Dynamics of Full Employment. Social Integration Through Transitional Labour Markets. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.

Stuurgroep Verkenning Levensloop (2002): Verkenning Levensloop. Den Haag.

SZW (2006): Levensloopregeling: informatie voor werknemers. http://home.szw.nl/navigatie/rubriek/dsp_rubriek.cfm?rubriek_id=1001&subrubriek_id=1003&link_id=77624. (am 15.3.2006).

Vielle, Pascale (2001) : La sécurité sociale et le coût indirect des responsabilités familiales. Brüssel: Bruylant.

Vielle, Pascale / Walthery, Pierre (2003): Flexibility and social protection. Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions.

Waas, Bernd (2004): Die ‚lebensverlaufbezogene‘ Politik in den Niederlanden. Ein Beispiel für Deutschland?. In: Sozialer Fortschritt. Jg. 53 (7/2004), 173 – 178.



Dr. Ute Klammer ist Professorin für Politische Wissenschaften, insbesondere Sozialpolitik an der Universität Duisburg-Essen (seit 3/2007) und Prorektorin der Universität Duisburg-Essen für Diversity Management (seit 10/2008). Mitglied des Nationalen Rates für Nachhaltige Entwicklung und der Sachverständigenkommission Gleichstellung der Bundesregierung (jeweils seit 2008).

Kontakt-daten:

Von-Claer-Str. 74, 53757 Sankt Augustin,
 Tel: 02241/206324, Fax: 02241/206325,
 ute-klammer@t-online.de.